

DER TAGESSPIEGEL

Syriens Schicksal

Zynisch, nicht politisch

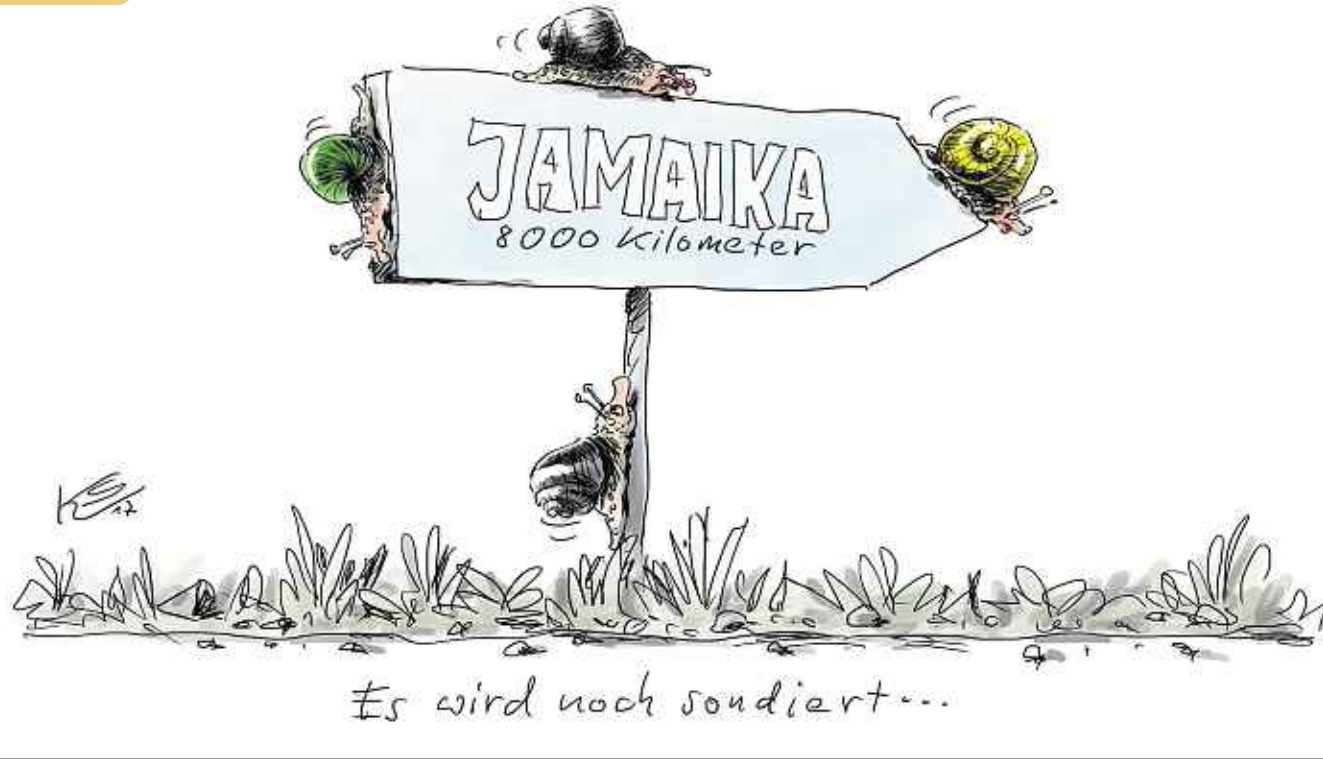
Wo Krieg herrscht, ist menschenverachtender Zynismus oft nicht weit. Und gerne wird dabei die Wahrheit zu- rechtgebogen, um sie auf dem Altar gemeinsamer Inter- ressen zu Opfern. US-Präsident Donald Trump und sein russi- scher Kollege Wladimir Putin haben das am Wochenende auf allerhöchster Ebene unter Beweis gestellt. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, für den Syrienkrieg könne es keine militäri- sche, sondern nur eine politische Lösung geben. Klingt vernünf- tig, möchte man zunächst meinen. Doch es entspricht keinesfalls den Tatsachen. Denn Russland hat von Anfang an allein auf die Kraft der Waffen gesetzt, um Machthaber Baschar al Assad als seinen Verbündeten im Amt zu halten und die Aufständischen unbehelligt in die Knie zu bomben. Genau das ist gelungen. Der Krieg mag noch nicht beendet sein, entschieden ist er schon seit Monaten – auf dem Schlachtfeld. Eine politische Lösung hängt damit nun allein von Moskaus Vorstellungen und Gnaden ab. Und Trump – dem ohnehin das Schicksal Syriens herzlich egal zu sein scheint – gibt Russland dafür seinen Segen. Ihn interessiert allein der Kampf gegen die Terroristen des „Islamischen Staats“. Der muss auch geführt werden. Doch dass der US-Präsident im Gegenzug Putin gewähren lässt, dürfte er den geschundenen Sy- rern kaum plausibel machen können. Ch.B.

Arbeitszeitgesetz

Flexibilität für alle

Es ist 20 Jahre alt und die Frage, ob das Arbeitszeitgesetz noch den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt genügt, müssen die Tarifpartner und der Gesetzgeber möglichst schnell beantworten. Bisher gilt, dass Angestellte maximal 48 Stunden in der Woche, maximal acht Stunden am Tag mit einer Ruhezeit von mindestens elf Stunden zwischen zwei Arbeitsta- gen arbeiten dürfen. In einer digitalisierten Welt sind diese Re- geln zu starr und ein Nachteil im globalisierten Wettbewerb. Da- her ist es richtig, dass Arbeitgeberverbände und der Sachverstän- digenrat eine stärkere Flexibilisierung fordern. Die liegt auch im Interesse der Arbeitnehmer, weil sie sich mit flexibleren Regeln den Arbeitsalltag selbst einteilen, von zu Hause arbeiten, nach- mittags die Kinder betreuen und abends noch Telefonate führen oder Mails beantworten könnten, ohne die Ruhezeitpflichten zu verletzen. Um die Skepsis der Gewerkschaften zu überwinden, muss aber die Obergrenze von 48 Stunden erhalten bleiben. Und die Unternehmen müssen in der neuen Arbeitswelt dafür sorgen, dass die Arbeitszeit präzise erfasst und vollständig bezahlt wird. Wenn sie dann noch der Einführung eines Rückkehrrechts von Teilzeit in Vollzeit zustimmen, demonstrieren sie, dass Flexibili- tät keine Einbahnstraße sein muss. til

STUTTMANN



China wird die USA nicht ersetzen

Asien will nun Freihandel ohne Trump gegen Peking, der Koreakonflikt schwelt weiter

VON CHRISTOPH VON MARSCHALL

Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch, machte Hölderlin den Verzag- ten Mut. Wo zeigt sich das Rettende am Ende der zwölfstägigen Reise Don- nald Trumps durch Asien? Der Kon- tinent hat das Potenzial, zum Zen- trum der Weltwirtschaft zu wer- den, steht aber zugleich am Rande eines Atomkriegs in Korea; Chinas Gebietsansprüche in den angren- zenden Meeren können ebenso zu Kriegen eskalieren. Wer gibt der Re- gion Halt und Stabilität? Für viele in Deutschland lautet die Antwort: China. Zwei Entwick- lungen stellen dies jedoch infrage. Die Pazifikanrainer wollen gar nicht, dass China die USA ersetzt. Nachdem Trump sich aus dem transpazifischen Handelsabkom-

men TPP zurückgezogen hat, hal- ten sie unter der Führung Japans, der drittgrößten Wirtschaftsmacht nach den USA und China, an TPP fest. Beim Apec-Gipfel einigten sich elf Staaten auf Mindeststan- dards für Handel, Soziales, Sicher- heit am Arbeitsplatz und Umwelt. Das Abkommen soll am Ende auch China zwingen, diese Standards zu akzeptieren. Hier lautet die Ant- wort: Die liberale Ordnung kann auch ohne die USA überleben und Druck auf illiberale Akteure aus- üben, die Regeln anzuerkennen. An der zweiten Entwicklung hätte Hölderlin weniger Freude. Die Kriegsgefahr in Korea ist nicht geringer als vor den Spitzengesprä- chen. China hat den Druck auf sei- nen Verbündeten Nordkorea zwar erhöht, lässt aber weiter nicht er- kennen, dass es alle verfügbaren Mittel einzusetzen bereit ist, um Kim Jong Uns illegale Atom- und

Raketentests zu stoppen. Trumps Verhalten im Koreakonflikt, das jäh zwischen Provokation und Be- schwichtigung wechselt, ist gewiss nicht hilfreich. Zu einem Gespräch mit Wladimir Putin über Korea kam es erst gar nicht wegen Trumps innenpolitischer Querelen mit der Russland-Affäre. Zudem war sein Auftreten in Asien zu wi- dersprüchlich. Beim Handel re- dete er gegen multilaterale Abkom- men und für Egoismus der Natio- nalstaaten. Beim Koreakonflikt for- derte er multilaterale Absprachen. Das Kernproblem in Korea aber ist Kim, nicht Trump. Die entschei- dende Verantwortung hat China. Die Lehre aus alledem ist: Wenn die USA sich als Ordnungsmacht zurückziehen, heißt das nicht, dass China (oder Russland) die Lücke füllen. Auf diese neue Dynamik müssen Staaten wie Japan oder auch Deutschland reagieren. Sie

sind regionale Führungsmächte, nicht Weltmächte. Bisher konnten sie sich darauf verlassen, dass die USA die liberale Ordnung garantie- ren, die sie nach 1945 geschaffen haben. Sie hat Japan und Deutsch- land den Aufstieg zur dritt- und viertstärksten Wirtschaftsmacht ermöglicht. Was also tun? Japan gibt ein gu- tes Beispiel. Die Welt wird unruhig- er, komplizierter, gefährlicher, weil Trump aus multilateralen Ab- kommen aussteigt. Man muss sich aber nicht damit abfinden, dass ein illiberales China als Ersatzfüh- rungsmacht die angeblich beste Al- ternative sei. Der Ehrgeiz sollte sein, so viel wie möglich von der liberalen Ordnung zu erhalten – mit China, wo immer es sich einbin- den lässt. Gegen China, wo es ande- ren seine Interessen aufzwingen will, ohne auf Regeln und interna- tionale Verantwortung zu achten.

KurzKRITIK

MATTHIAS MEISNER bespricht

Puszt- Populismus



von Stephan Oszváth

Viele Ungarn erhoffen sich von ihm neue Stärke, die meisten Europäer bringt er zur Verzweiflung: Viktor Orbán, Mitbegründer und Vorsitzender der rechtskonservativen Partei Fi- desz, von 1998 bis 2002 und seit 2010 erneut Ministerpräsident von Ungarn. Orbán ist die zentrale Figur in „Puszt- Populismus“ von Stephan Oszváth, langjähriger ARD-Korrespondent in Wien. Das Thema hat Relevanz weit über das kleine mitteleuropäische Land hinaus. Orbán hat nicht nur die Vernetzung mit Polen, Tsche- chien und der Slowakei in der Visegrád-Gruppe vorangetrieben. Ton- angehend ist er in einer rigiden Anti-Asyl-Politik und Orbán ver- netzt sich weit über seine Region hinaus. Erst kürzlich war er bei Sachsens Noch-Ministerpräsident Stanislaw Tillich und dessen rechtslastiger CDU-Spitze zu Gast, ebenso zählt Horst Seehofer mit seiner CSU zu seinen begehrten Gesprächspartnern. „Orbán – ein europäischer Stör- fall?“ fragt Oszváth im Untertitel. Seiner profunden Analyse zufolge darf man sich das Fragezeichen ge- trost wegdenken. Das Gehabe ei- nes Sektenführers bescheinigt er dem ungarischen Regierungschef, im eigenen Land verehrt als politi- scher Messias. Der Autor zeichnet die politi- sche Kehrtwende Orbáns nach. Denn der trat nach dem Fall des Ei- sernen Vorhangs zunächst radikal liberal auf. Erst später besetzt er den völkisch-nationalen Part, wen- det sich vom Westen ab und lässt sogar Rechtsextreme im Land ge- wahren. Oszváth erklärt auch, war- um Judenhass in Ungarn heute wieder hässliche Urstunde feiert – weil die Fidesz-Partei Antisemitis- mus in den eigenen Reihen tole- riert und sogar schürt, wenn es po- litisch nützlich erscheint. Düstere Aussichten für Ungarn, aber Oszváth will das nicht einfach so hinnehmen. Eine wichtige Rolle im Einfluss auf Budapest sieht der Autor für die konservative Parteien- familie in Europa, darunter auch die CDU von Angela Merkel. Er for- dert: „Wem europäische Grund- werte mehr als nur Lippenbekennt- nisse sind, der muss das auch klar und öffentlich sagen.“ Das Buch als Tweet: #Ungarn et #Orbán – kein Segen für Europa. Wen das interessiert, der könnte auch lesen: Martin Becker, Ge- brauchsanweisung für Prag und Tschechien — Stephan Oszváth: Puszt- Popu- lismus. Danube Books, Oktober 2017, 200 Seiten, 16 Euro.

Preußischer Barock ist besser als ahistorischer Beton

Dem Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte hat sein Amtszimmer nicht mehr gefallen. Stephan von Dassel, ein Grüner, mochte in dem in den Jah- ren 1935–37 im grau-monumenta- len Nazistil errichteten Rathaus am Mathilde-Jacob-Platz 1 nicht weiter in seinem zu allem noch na- zibraun holzgetäfelten Büro aus- harren. Er ist jetzt, man kann das verstehen, in einen anderen Raum gezogen. Sein Ex-Zimmer dient fortan als Ausstellungsraum zur Erinnerung an die NS-Geschichte. Mathilde Jacob, seit 1995 die Na- menspatronin des Rathausvorplat- zes, war übrigens eine Vertraute von Rosa Luxemburg und ist 1943 im KZ Theresienstadt gestorben. Dassels Problem, wemöglich in einem historisch kontaminierten Chefzimmer zu sitzen, hatte der vieljährige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht. Er resi- dierte im ehemaligen Reichsluft- fahrtministerium von Hermann

Göring. Als wir uns einmal in sei- nem vergleichsweise bescheiden- en Büro trafen, meinte er auf die Bemerkung, dass dies ja wohl kaum Görings Raum gewesen sein könne, mit einem Lächeln: „Wir haben hier über zweitausend Räume und alle Ecken gründlich erforscht. Dennoch wissen wir bis heute nicht, wo Göring saß.“ Un- glaublich, aber wahr. Auch tau- send Filme, Fotos, Dokumente von und über den zweiten Mann des „Dritten Reichs“ geben offen- bar keinen Aufschluss. Vor genau 79 Jahren, am 12. No- vember 1938, hatte Göring frei- lich in einen wohlbekannten Saal seines Ministeriums geladen. Dort wurde, nach den Pogromen des 9. Novembers, in Anwesenheit von Propagandaminister Goebbels und SD-Chef Heydrich die systemati- sche Verfolgung und Vertreibung der Juden beschlossen. Die Vor- stufe zur späteren Wannsee-Konfe- renz. Ort war der inzwischen ele-



VON PETER VON BECKER

Wie viel Schuld trägt ein Ort, an dem Geschichte geschah?

gant restaurierte heutige „Euro- Saal“, gern genutzt für internatio- nale Treffen. Direkt unter ihm sind an der Außenfront Ecke Leip- ziger Straße/Wilhelmstraße seit 1953 Wandfliesen im Sozialisti-

schen Realismus angebracht. Sie stehen unter Denkmalschutz – und erinnern mittelbar daran, dass Görings im Krieg wenig beschädi- gter Monumentalbau auch zu DDR-Zeiten weitergenutzt wurde. Als „Haus der Ministerien“, in dem Walter Ulbricht im Juni 1961 auf einer Pressekonferenz beteu- erte, „niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Jener Ulbricht, der 1950 auch das Berliner und zehn Jahre später das Potsdamer Stadtschloss, beide im Krieg von Bomben getroffen, aber nicht zerstört, trotz Protes- ten sprengen ließ. Wie auch 1968 die Garnisonkirche Potsdam. In- des hat die Stadt Potsdam im Zu- sammenwirken mit dem Land Brandenburg und Teilen eines neuen Stadtbürgertums das Schloss als Landtagsgebäude ä- ußerlich rekonstruiert. Zudem soll der 90 Meter hohe Turm der Gar- nisonkirche als altes Wahrzeichen wiederaufgebaut werden.

Das alles geschieht effektiver und mit mehr ästhetischem Ge- spür als Vergleichbares in Berlin. So ist Potsdam dabei, sein altes schönes Stadtbild wiederzugewin- nen: nicht nur mit dem privat fi- nanzierten Wiederaufbau des Pa- lais-Museums Barberini, das als glänzende Replik zu einem Ori- ginal sui generis geworden ist. Natürlich gibt es auch hier Wi- derstände. Es wird gesagt, die Gar- nisonkirche, in der im März 1933 der berühmte Handschlag zwi- schen Hindenburg und Hitler statt- fand, sei ein „Symbol des preußi- schen Militarismus“. Ebenso wie das Berliner Hohenzollernschloss. Der Handschlag am „Tag von Potsdam“ dauerte freilich nur we- nige Sekunden in der Geschichte einer Barockkirche, in der auch Friedrich der Große und Napo- leon waren und Bach auf der Orgel spielte. Tragen solche Orte der Historie darum eine eigene „Schuld“? Wir sprechen hier nicht

von Konzentrationslagern oder Gulags. Auch nicht vom russi- schen Inlandsgeheimdienst in der Lubjanka, die frisch geputzt mit- ten in Moskau thront: einst Stalins Verhaftungs- und Folterstätte, in deren Kellern Zehntausende er- schossen wurden. Nein, es ist gut, dass in Berlin keine Reichskanzlei und kein Führerbunker mehr zu touristischem Grusel oder zu Wall- fahrten laden. Aber sonst, mit wel- chem Maß wird hier gemessen? Schon die DDR hatte mit Gö- rings hässlichem, indes viel rarer Raum bietenden Bau wenig Pro- bleme. Heute sollten im Zweifel stadträumliche, also auch auf Schönheit und Funktionalität ach- tende Kriterien maßgeblich sein. Preußen, das sogar manchen gu- ten Junker kannte und mehr Kul- tur hatte als seine ahistorischen Verächter, taugt da kaum mehr als Horrorbild. Eine Architektur des Schreckens folgte erst später. Als das Wort Betonkopf wahr wurde.

ANZEIGE

Advertisement for 'Vive la France!' wine selection. Includes a list of 12 wine bottles, a '12 Flaschen' badge, and a 'Vive la France!' headline. Text describes the wine selection and provides contact information for the shop.